

# kommunalpolitik kompakt

1.7.2007



## Liebe Genossinnen und Genossen, liebe SPD-Freunde!

Wir Ihr seht, hat die Ausgabe, die Ihr jetzt in Händen haltet, ein etwas anderes Format als die vorhergegangenen. Insbesondere freuen wir uns über einen sehr lebendigen Beitrag der **Jusos** zum Thema Jugendpolitik in Bensheim, den wir Euch in einer **Sonderbeilage** präsentieren. Dieses Thema verdient spätestens seit den unerfreulichen Ereignissen am Jahresbeginn unsere besondere Aufmerksamkeit. Doch nun zunächst zu den Neuigkeiten aus der Fraktion.

## Neuordnung der KiTa-Gebührenordnung schröpft die Eltern

Im Mittelpunkt der Stadtverordnetenversammlung im März stand von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Neuordnung der Gebührenordnung für die Bensheimer Kintertagesstätten (KiTa's) und Horte. Eine erste Fassung war zuvor bereits den Elternbeiräten und Ausschüssen vorgestellt worden und auf so heftige Kritik gestoßen, dass die Verwaltung schnell eine abgemilderte Version vorlegte, über die die Stadtverordnetenversammlung dann zu beschließen hatte. Worum ging es? Kernstück der Neuordnung war die Aufteilung der Zeit, die das Kind in der KiTa verbringt, in einzelne Zeitblöcke (sogenannte **Module**), die von den Eltern relativ flexibel gebucht werden können. So weit – so gut. Eine solche Umstellung greift die veränderten Lebens- und Arbeitsmodelle auf und kommt den Bedürfnissen vieler Eltern entgegen. Was aber nicht den Bedürfnissen entgegenkommt und schon gar nicht in die heutige Zeit passen mag, ist die **kräftige Erhöhung der KiTa-Gebühren** vor allem für diejenigen Eltern, die ihre Kinder nicht nur bis zum Mittagessen in der KiTa betreuen lassen. Dies wollte die Fraktion keinesfalls mittragen und hat daher den Antrag gestellt, dass die Neuordnung niemandem

höhere Belastungen aufbürden darf als zuvor.

## Bambini-Programm – aber richtig!

Das neue Bambini-Programm der Landesregierung könnte so richtig gut sein – wenn es denn für alle gelten würde. Dieses Programm gewährt denjenigen Kommunen finanzielle Zuschüsse, die das letzte KiTa-Jahr für die Eltern beitragsfrei stellen. Der Haken ist: dies gilt nur für die Vormittagsbetreuung. Ab Mittag kostet die Betreuung der Kinder dann doch wieder Geld, eine zusätzliche Belastung berufstätiger Eltern. Und welcher Schichtarbeiter kann sich schon den Luxus erlauben, nur in Frühschicht zu arbeiten? Deshalb hat die Fraktion gefordert, **das letzte KiTa-Jahr völlig und für alle beitragsfrei** zu stellen. Dass beide Anträge abgelehnt wurden, versteht sich fast von selbst.

## Investorenpläne für das Güterbahnhofs-gelände

Am 28.06.2007 haben die drei in die engere Auswahl kommenden Investoren den Stadtverordneten ihre Pläne für die Bebauung des Güterbahnhofs-geländes vorgestellt – hinter verschlossenen Türen unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Wir fanden das undemokratisch und haben bereits im März einen Antrag auf öffentliche Präsentation der Pläne gestellt – auch dieser Antrag wurde abgelehnt.

## Antrag zum Klimaschutz

Umso mehr hat es uns gefreut, dass ein Antrag von uns angenommen wurde, der auf die Reduktion der klimaschädlichen Treibhausgase um 20% ab 2012 zielt. Der Magistrat wird darin aufgefordert, geeignete Maßnahmen dafür zu erarbeiten.

## Für den Erhalt des Spielplatzes in der Niederwaldstraße

Viele von Euch werden es in der Zeitung gelesen haben: bei der Stadtverordnetenversammlung im Juni ging es hoch her: Vertreter der Elterninitiative waren mit ihren Kin-

dern gekommen, um für den Erhalt des zum Verkauf stehenden Spielplatzes in der Niederwaldstraße zu demonstrieren. Die CDU/GLB-Koalition machte mit ihrem Antrag auf Prüfung von allem Möglichen, aber nichts Konkretes keine gute Figur. Rudolf Volprecht konnte sich über anhaltenden Applaus freuen, als er den Erhalt des bestehenden Spielplatzes ohne Wenn und Aber forderte. Sehr zur Enttäuschung der Kinder und ihrer Eltern wurde der Antrag abgelehnt.

## Jugendarbeit dringend gesucht

Lest hierzu die Sonderbeilage der Jusos – es lohnt sich!

## Aufwertung eines Bolzplatzes

Unser Antrag, einen **Bolzplatz im Norden Auerbachs** aufzuwerten und die „Nutzung“ des Geländes durch Hunde einzuschränken, wurde an den Ortsbezirk Auerbach überwiesen. Dieser nahm die Vorlage einstimmig an und beauftragte eine Arbeitsgruppe damit, Kinder und Jugendliche nach ihren Vorstellungen für die Neugestaltung des Spielplatzes zu befragen. Auch dies ist bereits geschehen, so dass ein Ergebnis bald vorliegen wird und die Umsetzung (hoffentlich) zügig in Angriff genommen werden kann.

## Die Fraktion stellt sich vor

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rudolf Volprecht ist als Schönberger auch im dortigen Ortsbeirat aktiv. Außerdem ist der Parteilose Mitglied im Bauausschuss. Rudolf Volprecht ist verheiratet, hat zwei erwachsene Kinder und arbeitet als Diplom-Ingenieur im Vertrieb von elektronischen Artikeln für die getränkeabfüllende Industrie. In seiner Freizeit stöbert der 56-Jährige auf Flohmärkten. Zu erreichen ist Rudolf Volprecht unter Tel. 69185, eMail: R.Volprecht@t-online.de



# Unser Ortsverein

## Der Anteil der SPD am wirtschaftlichen Aufschwung

"Das ist unser Aufschwung" so Kurt Beck im April 2007 im Vorwärts. Stimmt, es sind die Früchte rot/grüner Regierungspolitik und der sozialdemokratischen Regierungsbeteiligung danach, die jetzt geerntet werden.

Nun, da der Aufschwung weite Teile der Bevölkerung erreicht hat, kann ihn niemand mehr verleugnen. Es ist nicht weiter erstaunlich, dass viele versuchen, unseren sozialdemokratischen Anteil daran kleinzureden. Erstaunlich ist jedoch, dass wir selbst unser Licht allzu sehr unter den Scheffel stellen. Schließlich gestalten wir die Finanz-, Sozial- und Arbeitspolitik auch in der neuen Koalition.

Warum hat Christine Lambrecht recht, wenn sie feststellt: „Der Aufschwung hat unzweifelhaft viele Ursachen – an den meisten sind wir beteiligt.“? Nun, hier sind einige gute Gründe:

- Fangen wir mit dem Arbeitsmarkt an. Mit den Reformen unter dem Stichwort „Hartz IV“ haben wir uns wahrlich nicht leicht getan. Wir haben auch (und manches Mal sehr zu Recht) viel Selbstkritik geübt. Aber täuschen wir uns nicht. Nicht nur die Beratungsqualität und -intensität in den Agenturen für Arbeit ist besser geworden.
- Nehmen wir ein anderes Beispiel, das Programm 50+. Viele Arbeitgeber haben inzwischen umgedacht. Der Jugendwahn in vielen Branchen ist vorbei. Man erkennt, dass die Erfahrung und das Leistungspotenzial einen besonderen Wert darstellen.  
Dass man mit Eingliederungs- und Lohnzuschüssen noch nachhelfen musste, mag den stören, der in neoliberaler Denkweise glaubt, der Staat habe in der Wirtschaft nichts zu suchen. Aber wenn es hilft, älteren Arbeitnehmer wieder Arbeit und Aufgaben zu verschaffen, dann machen wir das eben.
- Die Zahlen geben uns dabei Recht. Im Vergleich zum Mai 2006 gibt es im Bereich der Arbeitsagentur Darmstadt, zu der unser Landkreis gehört, im Mai 2007 genau 520 Arbeitslose weniger in der Altersgruppe 50 und älter. Das entspricht einem Rückgang von 27,9 % - weit mehr als der durchschnittliche Rückgang.
- Ein weiterer guter Grund dafür, dass der Aufschwung unser Aufschwung ist, ist die von Franz Müntefering gestaltete Rentenpolitik. Auch die „Rente mit 67“ gehört dazu. Wir brauchen flexible Lösungen, die sich an den konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen orientieren. Das heißt aber nicht, unser Solidarsystem auseinanderzudividieren, sondern es an die Herausforderungen anzupassen. Zu diesen gehören längere Lebenszeit, höherer Gesundheitsstand und der verschärfte globale Wettbewerb um Arbeitsplätze.
- Die Energiepolitik gehört ebenfalls zu unseren Erfolgen. Daher wollen wir verstärkt in regenerative Energieerzeugung investieren – auch, um unser führendes Know-how in Deutschland in diesem Bereich auszubauen und die Technologien dafür auch exportieren zu können. Wir dürfen diese Entwicklungen nicht verschlafen, so wie die deutsche Automobilindustrie bereits die Entwicklung alternativer Antriebsformen verschlief.

Wir wissen, dass wir Gerechtigkeit und Chancengleichheit nur sinnvoll anstreben können, wenn wir gestaltend tätig sind. Dabei können und wollen wir die Wirtschaft nicht ausnehmen. Den Weg, die Lebensrisiken immer weiter zu privatisieren, bis jeder Mensch allein dasteht und die Solidargemeinschaft nur noch ein Schlagwort ist, wollen wir nicht mitgehen.

Die angesprochenen und weitere Punkte werde ich an dieser Stelle erneut aufgreifen und vertiefen. Ich würde mich freuen, wenn dieser Beitrag hilft, um uns unsere sozialdemokratischen Leistungen etwas in den Vordergrund zu rücken.

Euer



Wolfgang Johannsen  
(OV Vorsitzender)

### Schon jetzt vormerken:

Am Samstag, 25. August, findet wieder ein **SPD-Sommerfest** statt, und zwar diesmal auf dem Beaurer Platz vor dem Bürgerhaus. Von 10 bis ca. 16 Uhr gibt es Gegrilltes und Getränke, nachmittags auch Kaffee und Kuchen. Ein buntes Spieleangebot für Kinder ist ebenso vorgesehen wie etwas Live-Musik. Und natürlich sollen Gespräche über aktuelle politische Themen insbesondere der Kommunalpolitik nicht zu kurz kommen.

Ausgerichtet wird das Fest vom Ortsbezirk Mitte, aber Genossen und Freunde aus allen Stadtteilen sind herzlich eingeladen. Wer mithelfen will oder Kuchen-spenden bringen kann, soll sich bitte bei Walther Fitz (Tel. 61456, eMail: [Walther.Fitz@t-online.de](mailto:Walther.Fitz@t-online.de)) melden.

# kommunalpolitik spezial

1.7.2007



## Die Juso-Ag fordert: „Mehr Lebensqualität für Jugendliche in Bens- heim!“

Gemeinsam mit der SPD-Stadtverordnetenfraktion hat sich die Juso-Ag Bensheim in den letzten Monaten intensiv mit der Situation von Jugendlichen vor Ort befasst. Anlass für die Beschäftigung mit diesem Thema war die Tatsache, dass sich einige Bensheimer Jugendliche an die Ag gewandt hatten und ihre Unzufriedenheit mit der derzeitigen Situation zum Ausdruck brachten. Beim Bürgermeister waren sie zuvor bereits auf taube Ohren gestoßen.

Um sich selbst einen Eindruck von der Situation zu machen, hat sich der Vorstand der örtlichen Juso-Ag, bestehend aus **Mona Krewel (Vorsitz)**, **Jannet Kübler (Kasse)**, **Ralph Panzer** und **Ellen Schneider (Beisitzer)**, im Rahmen eines Ortstermins im Mai diesen Jahres zunächst eingehend über die Angebote für Jugendliche informiert. Das Ergebnis war niederschmetternd: Ein Freizeitangebot insbesondere für unter 16-jährige gibt es in Bensheim so gut wie gar nicht.

So sind beispielsweise die **Skateanlagen** in Bensheim entweder in einem äußerst schlechten Zustand oder zum Skaten absolut ungeeignet. Aus Sicht der Jusos offenbart sich hier einmal mehr, dass die Stadt im Elfenbeinturm plant, ohne dabei den Rat der Betroffenen einzuholen. Ein solches Vorgehen ist schlicht und ergreifend nur als Verschwendung von öffentlichen Geldern zu verstehen.

Auch das derzeitige **Jugendzentrum** am Bahnhof wird nur von einem geringen Teil der Jugendlichen angenommen. Viele Gruppen finden sich in dem sterilen Rahmen des Jugendzentrums, das sich zu großen Teilen in einem einseharen Glaskasten befindet, nicht wieder.

Das derzeitige Konzept vermittelt vor allem den Eindruck: „Big Brother is watching you!“ Viele Jugendliche, mit denen die Juso-Ag in den vergangenen Monaten gesprochen hat, wünschen sich stattdessen einen Ort, den sie nach ihren Wünschen selbst gestalten können und der die Möglichkeit bietet, auch mal laut und ungestört zu sein. Proberäume für Bands stehen zudem ganz oben auf der Wunschliste.

Im Rahmen verschiedener Treffen der Jugendlichen mit dem Bürgermeister in der Vergangenheit hat sich jedoch vor allem gezeigt, dass der Wille, etwas an der derzeitigen Situation zu ändern, offenbar nicht besonders ausgeprägt ist. Lange Prüfungsvorgänge und Anwohner, die sich an möglichen zukünftigen Standorten eines weiteren Jugendzentrums durch Lärm gestört fühlen könnten, gehörten zum Standardrepertoire der CDU-Hinhaltenaktik gegenüber den Jugendlichen. Auch die äußerst erfolgreiche Aktion „**Bürgermaistar**“ engagierter Bensheimer Jugendlicher mit dem Ziel, etwas an der Situation zu ändern, konnte Herrn Hermann offenbar nicht aus seinem Dornröschenschlaf wecken und die Untätigkeit der Bensheimer CDU in dieser Sache beenden, obwohl die Initiative weit über Bensheim hinaus große Medienaufmerksamkeit bekommen hat und ausschließlich positiv aufgenommen wurde. Auch die Jusos begrüßen dieses Engagement ausdrücklich und sind der Ansicht, dass Bensheim froh sein kann, engagierte Jugendliche zu haben. Wie aktuelle Studien zeigen, ist dies nämlich keineswegs selbstverständlich.

Dass die Situation der Jugendlichen in Bensheim trotz so viel Engagements nicht besser, sondern schlechter wird, zeigt die Tatsache, dass nun auch noch das **Kino** geschlossen werden, eines der wenigen Angebote vor allem für Jugendliche unter 16 Jahren in Bensheim. Nach Ansicht der Juso-Ag müsste die Stadt nun alles daran setzen,

ihre Planungshoheit für das Gewerbegebiet am alten Güterbahnhof so weit wie möglich zu nutzen, um dort den Neubau eines Kinos zu unterstützen.

Die heftige Reaktion der Jungen Union auf eine Presseerklärung der Jusos Anfang Mai, in welcher die mangelnden Angebote für Jugendliche in Bensheim kritisiert wurden, hat zudem gezeigt, dass auch die CDU erkannt hat, dass sie die junge Generation in Bensheim schlichtweg vergessen hat. Jetzt ist das Geschrei natürlich groß.

Dieser Gegenwind hat die Ag jedoch nicht davon abgehalten, ihr Anliegen, die Situation von Jugendlichen in Bensheim langfristig zu verbessern, weiter voran zu treiben. Aus diesem Grund sind die Jusos auch gerne einer Einladung der SPD-Stadtverordnetenfraktion nachgekommen, um dort über die Problematik zu berichten. Im Anschluss an diese Sitzung hat man sich darauf verständigt, in dieser Sache zukünftig eng zusammen zu arbeiten und eine **gemeinsame Arbeitsgruppe** ins Leben gerufen.

Das Ergebnis der Zusammenarbeit kann sich bereits jetzt sehen lassen. Auf den Weg gebracht wurden unter anderem **Anträge zur Wiederauflage des Badeseefestivals**, **einem Hearing zur Situation Jugendlicher in Bensheim** und **nicht zuletzt auch zur Verbesserung der Skatemöglichkeiten**.

Auf lange Sicht streben Fraktion und Jusos zudem ein weiteres, zu großen Teilen selbstverwaltetes Jugendzentrum für Bensheim an und werden ihre erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen.